



Mehr Demokratie

Bürgerschaftliches Engagement vor Ort

Prof. Dr. Roland Geitmann – Fachhochschule Kehl

Tagung

**Bürgermacht vor Ort –
Demokratie in den Kommunen**

**2. – 4. Juli 2004
Schloss Buchenau
Eiterfeld/Hessen**

Bürgerschaftliches Engagement vor Ort

Prof. Dr. Roland Geitmann

Bürgerschaftliches Engagement umfasst alle Formen, in denen Bürgerinnen und Bürger in der Gesellschaft gemeinsame Interessen verfolgen, sei es in etablierten Formen wie politischen Ehrenämtern, Vereinen, Parteien, Gewerkschaften und Kirchen oder in Lokale-Agenda 21-Arbeitskreisen, Selbsthilfegruppen, Freiwilligeneinsätzen, Nachbarschaftshilfen und Netzwerken.

Für solche Aktivitäten gibt es ungedeckten und steigenden Bedarf und gleichzeitig bei weitem unausgeschöpfte Bereitschaft. Der Garten für bürgerschaftliches Engagement liegt noch zur Hälfte brach. Faire direktdemokratische Verfahrensregeln sind ein zur Begründung unverzichtbares, weil den Boden belebendes Element, aber nicht selbst schon der ganze Garten.

Die Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement vor Ort“ war in ihrer breiten Themenstellung deshalb sozusagen die Grundsatzabteilung der Tagung „Demokratie in den Kommunen“ und bot Gelegenheit, die Rolle der örtlichen Zivilgesellschaft in ihrer steigenden Bedeutung insbesondere im Verhältnis zu Politik und öffentlicher Verwaltung zu beleuchten.

Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft

Nachdem Staat und Kommunen die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit deutlich überschritten haben und die Wirtschaft entgegen ihrer Aufgabe, Bedürfnisse zu befriedigen, einseitig das Ziel der Gewinnmaximierung verfolgt, rückt immer deutlicher der dritte Sektor ins Bewusstsein, der weder staatlich organisiert noch kommerzialisiert kulturelle und soziale Bedürfnisse und entsprechende Fähigkeiten zusammenführt.

Von der Erwerbsgesellschaft zur Tätigkeitsgesellschaft

Die technische und die demografische Entwicklung haben das Zeit- und Kräftepotenzial für un- oder teilentgeltliches Engagement enorm erhöht. Gleichzeitig ist der Bedarf gestiegen, insbesondere durch sich zuspitzende Ungleichgewichte zwischen Mensch und Natur, zwischen den Generationen und zwischen Arm und Reich. Die sich in Gewalt, Kriminalität, Terror und Kriegen ausdrückenden sozialen Spannungen machen eine globale Verständigung über Kurswechsel in der Lebensweise und zukunftsfähige Rechtsordnung notwendig.

Von der Verwaltungseinheit zur Bürgerkommune

Die wachsende Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements zeigt, dass Demokratie allmählich erwachsen wird. Dazu gehören neben Einfluss gewährendem Wahlrecht und fairen direktdemokratischen Verfahrensregeln auch die vielfältigen Formen kooperativer Meinungs- und Willensbildung von der Planungszelle bis zur Zukunftswerkstatt. Auf dem langen Weg zur Individualisierung verlangt der Mensch zu Recht Selbstbestimmung, Menschenrechte und Befreiung aus vormundschaftlichen Verhältnissen und entdeckt gleichzeitig, dass er auf soziales Handeln angelegt ist.

Vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement

Der Begriffswechsel deutet an, dass hier nicht vornehmlich von oben ein Amt verliehen wird, sondern Menschen von sich aus eine Aufgabe ergreifen und dies nicht der Ehre wegen, sondern aus eigenem Bedürfnis. Dies verändert die Aufgabenstellung öffentlicher Verwaltung:

Von der Erledigungs- zur Ermöglichungsverwaltung

In manchen Aufgaben, insbesondere der Kultur, des Sozialen, der Gesundheitsvorsorge und der Umweltpflege, kann und sollte sich öffentliche Verwaltung ein Stück weit zurücknehmen und bürgerschaftliche Aufgabenerfüllung ermöglichen - durch Bereitstellung von Räumen und Büroinfrastruktur, Vermittlung, Beratung, Versicherung, Auslagenersatz und Anerkennung: Moderieren statt selbst erledigen. Dies verändert die Rolle aller Beteiligten, nicht nur der Verwaltungsleute, sondern auch der Verbände und Einrichtungen (vom Rekrutieren zum Unterstützen), der Politik (Beschränkung auf Richtlinien) und auch der wirtschaftlichen Unternehmen, die den Wert bürgerschaftlichen Engagements ihrer Mitarbeiter/innen zu schätzen begonnen haben.

Unterschiedliches ergänzt sich

Das in einer ausgiebigen Vorstellungsrunde zum Ausdruck kommende vielfältige Engagement der zwölf Arbeitsgruppenteilnehmer/innen spiegelte den Reichtum der Zivilgesellschaft auf eindrucksvolle Weise und ließ ahnen, wie wunderbar sich Menschen gerade durch ihre Verschiedenheit ergänzen. Nicht nur politisch waren alle wesentlichen Richtungen vertreten, sondern auch die unterschiedlichsten Fähigkeiten, Felder und Formen des Engagements. Umso bemerkenswerter war es, dass die Gruppe sich an Hand einer gemeinsam erstellten umfangreichen Liste interessanter Fragestellungen und Anwendungsfelder sehr zügig auf zwei verständigte und diese näher beleuchtete:

Bürgerstiftungen und Regionalwährungen

Bei beiden geht es ums bezeichnenderweise ums Geld. Während die in Dutzenden von Städten in den letzten Jahren gegründeten Bürgerstiftungen als „Kind des Kapitalismus“ selbigen punktuell unschädlich machen, indem sie durch Service für künftige Stiftungsbereitschaft vor Ort Vermögenseinnahmen gemeinnützigen Zwecken zuleiten, sind Regionalwährungen potenziell systemwandelnde Initiativen: Eine Weiterentwicklung der an vielen Orten bestehenden Tauschringe, in denen Menschen sich für den Austausch von Leistungen vom offiziellen Zahlungsmittel partiell unabhängig machen und hierbei neue Wege suchen und finden. Sie erfahren, dass ein Medium dann die Geldfunktion optimal erfüllt, wenn es zum Weitergeben anreizt und nicht zum Festhalten und dadurch die Gelegenheit schwindet, mittels Zins und Zinseszins Zeit zu Geld zu machen (Näheres zu beidem im Internet unter www.buergerstiftungen.de bzw. www.regiogeld.de).



Mehr Demokratie e. V.
Mühlenstr. 18, 51143 Köln
Tel. 0 22 03 – 59 28-59/Fax -62
E-Mail: nrw@mehr-demokratie.de
www.mehr-demokratie.de